



Bundestags- brief

Nr.294 • Die Woche im Bundestag • 14.01.2022



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Das neue Jahr beginnt: Große Corona-Sorgen im Deutschen Bundestag

Zum Beginn des neuen Jahres wünsche ich allen Leserinnen und Lesern des Newsletters natürlich einen hoffentlich weiterhin guten Start in das Jahr 2022 und – unter den gegenwärtigen Vorzeichen – vor allem Gesundheit und die Ausdauer, den Widrigkeiten der Pandemie auch weiterhin erfolgreich zu trotzen.

Mit der im Dezember erfolgten Regierungsbildung von SPD, FDP und Grünen ist in Deutschland eine wichtige politische Weichenstellung erfolgt. Nach 16 Jahren Kanzlerschaft von Angela Merkel führen CDU und CSU nicht mehr die Bundesregierung an.

Als gute Demokraten akzeptieren wir diese Entwicklung und werden unserem Auftrag, die Arbeit der neuen Bundesregierung kritisch aber konstruktiv zu kontrollieren, nachkommen.

Für uns als Unionsfraktion ist leider am Beginn des Jahres 2022 die Corona-Pandemie noch immer das bestimmende politische und gesellschaftliche Thema unserer Tage. Die Entscheidung der neuen Regierung, die „epidemische Notlage von nationaler Tragweite“ nicht zu verlängern, war ein Fehler, den die Ampel-Parteien seither mit Flickwerk zu beheben suchen. Es wäre angesichts der neuen Variante „Omikron“ und der nun stetig steigenden Fallzahlen dringend notwendig, diese Lage wieder festzustellen, um den Ländern sämtliche verfügbaren Mittel zur Bekämpfung der Infektionen zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus wäre Kanzler Scholz gut beraten, seinen vollmundigen Ankündigungen zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht und der Erhöhung des Impftempos dem Parlament nun endlich auch konkrete Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten. Die Union steht für einen konstruktiven Dialog bereit. Mit Zögern und Zaudern werden wir die Pandemie jedenfalls nicht hinter uns lassen.

Ein persönlicher Einblick: Aufbruch zu neuen Ufern

Mit der Regierungsbildung von SPD, FDP und Grünen am 6. Dezember 2021 endete auch meine rund achtjährige Amtszeit als Staatsministerin für Kultur und Medien. Zwar habe ich nach den Wahlen am 27. September 2021 mein Amt noch geschäftsführend weitergeführt, aber schnell war absehbar, dass die Ampel-Regierung noch vor Jahresende ins Amt kommen würde.

In den vergangenen Wochen habe ich deshalb nicht nur meine Amtsgeschäfte geordnet und – wie es sich für eine gute Demokratin gehört – für eine reibungslose Übergabe an meine Nachfolgerin gesorgt, sondern ich habe mir auch Gedanken über meine politische Zukunft gemacht:

Ich habe mich entschieden, mich zukünftig wieder im Ausschuss für Bildung und Forschung zu engagieren. Mit Bildungs- und Hochschulfragen habe ich mich bereits vor meiner Zeit als Staatsministerin intensiv im Abgeordnetenhaus und im Deutschen Bundestag befasst. Der Kultur werde ich politisch treu bleiben, auch wenn eine Mitgliedschaft im entsprechenden Bundestagsausschuss nach meiner Amtszeit als Staatsministerin nach einem ungeschriebenen Gesetz der Bundespolitik nicht mehr statthaft ist.

Darüber hinaus ist inzwischen auch mein Wahlkreisbüro in Reinickendorf angemietet und wird bald voll funktionsfähig sein. Trotz der hohen Infektionszahlen ist es mir doch ungemein wichtig, nun in Reinickendorf über einen festen Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger zu verfügen. Das Wahlkreisbüro wird für mich ein wichtiger Ort sein, an dem ich Bürgersprechstunden abhalte – die derzeit noch telefonisch erfolgen müssen – und von dem aus ich zu Touren durch meinen Wahlkreis aufbreche. Und darauf freue ich mich sehr.

Friedrich Merz wird neuer Vorsitzender der CDU

Mit einem deutlichen Votum der Basis hat Friedrich Merz die Wahl zum neuen Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewonnen. Der Wettstreit zwischen Helge Braun, Friedrich Merz und Norbert Röttgen war stets fair und hat gezeigt, dass die CDU auch zukünftig eine Volkspartei bleiben wird, die allen Menschen ein überzeugendes Angebot machen wird.

Aus Berliner Sicht gibt es sogar noch mehr Grund zur Freude. Mit Mario Czaja ist ein Berliner Bundestagsabgeordneter nun designierter CDU-Generalsekretär. Er wird mit Sicherheit auch die Berliner Perspektiven in den Kurs unserer Bundespartei einbringen und dazu beitragen, dass unsere Partei auch in den Großstädten und im Osten unseres Landes wieder erfolgreicher wird als zuletzt.

Orientierungsdebatten im Deutschen Bundestag

Die Sitzungswoche im Deutschen Bundestag war geprägt von ersten Orientierungsdebatten zu den wichtigsten Politikfeldern unseres Landes. Im Einzelnen ging es um die Themen Innen und Heimat; Recht; Ernährung und Landwirtschaft; Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz; Wirtschaft und Klimaschutz; Bildung und Forschung; Gesundheit; Arbeit und Soziales; Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundeskanzleramt (Ostdeutschland, Integration und Kultur); Digitales und Verkehr; Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen; Finanzen und Haushalt; Außen, Europa und Menschenrechte; Verteidigung sowie Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Obwohl die Corona-Pandemie fast alle anderen Themen überdeckt, haben wir als größte Oppositionsfraktion den Regierungsparteien im Parlament auf den Zahn gefühlt, wie sie die vielen hehren Versprechungen des Koalitionsvertrages überhaupt konkret umsetzen wollen.

Von Mittwoch bis Freitag mussten sich die zuständigen Minister der neuen Bundesregierung im Bundestag einer ausführlichen Debatte über ihre Pläne und Absichten stellen. Als konstruktive Opposition haben wir der neuen Regierung klare christdemokratische und christsoziale Positionen entgegengestellt.

Deutlich ist in den Debatten geworden, dass der Koalitionsvertrag viele Unzulänglichkeiten enthält, die nicht zuletzt den widerstrebenden Positionen der Koalitionspartner zu verdanken sind. Schon jetzt wird deutlich, dass die „Ampel“ keinen Aufbruch produziert, sondern schon von Beginn an verzögert und vor klaren Entscheidungen zurückschreckt. Exemplarisch ist dabei das Verhalten von Bundeskanzler Scholz, der sich seit seinem Amtsantritt zu keiner wichtigen Frage der Tagespolitik mehr geäußert hat.

Verlängerung des Mandats für den Irak-Einsatz der Bundeswehr (Anti-IS)

Wir haben die Fortsetzung dieses wichtigen Einsatzes unterstützt, der die Stabilisierung im Irak sichern, ein Wiedererstarken des IS verhindern und Versöhnung im Irak fördern soll.

Der deutsche militärische Beitrag dient dazu – in Ergänzung des deutschen und internationalen Stabilisierungseingagements – Erreichtes abzusichern, Fortschritte auszubauen und Rückschritte insbesondere im Kampf gegen den IS zu verhindern. Das Mandat wurde bis zum 31. Oktober 2022 verlängert, die personelle Höchstgrenze verbleibt bei 500 Soldaten.

Die gute Nachricht zum Schluss: Der Berliner Museumssonntag ist ein Riesenerfolg

Seit Juli 2020 wird in mehr als 60 Berlin Ausstellungshäusern jeweils am ersten Sonntag des Monats kein Eintritt verlangt. Als Staatsministerin für Kultur und Medien habe ich dafür gesorgt, dass sich an diesem Angebot auch die bundesfinanzierten Museen der Hauptstadt beteiligen. Und der Erfolg ist überwältigend:

Bis Jahresende wurden an sechs Terminen über 155 000 Besucherinnen und Besucher gezählt. Für drei Viertel von ihnen war das Gratisangebot tatsächlich der Auslöser, sich auf den Weg zu machen, wie eine repräsentative Umfrage des Instituts für Teilhabeforschung ergab. Der Großteil der Befragten gab dabei an, das entsprechende Museum tatsächlich zum ersten Mal zu besuchen.

Interessierte können sich unter www.museumssonntag.berlin über das Angebot näher informieren. Dort werden auch jeweils eine Woche vor dem eintrittsfreien Tag die verfügbaren Kartenkontingente freigeschaltet.